

Bericht an den Landrat

Bericht der: Geschäftsprüfungskommission

vom: 6. Juni 2017

Zur Vorlage Nr.: [2017-041](#)

Titel: **Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind**

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

2017/041

Bericht der Geschäftsprüfungskommission an den Landrat

betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind

vom 6. Juni 2017

Inhalt

1. Ausgangslage	3
1.1. Auftrag	3
1.2. Vorgehen	3
1.3. Feststellungen der GPK	3
2. Abzuschreibende Aufträge	5
2.1. Finanz- und Kirchendirektion	5
2.1.1 Postulate	5
2.1.2 Motionen	5
2.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	5
2.2.1 Postulate	5
2.2.2 Motionen	6
2.3. Bau- und Umweltschutzdirektion	7
2.3.1 Postulate	7
2.3.2 Motionen	9
2.4. Sicherheitsdirektion	10
2.4.1 Postulate	10
2.4.2 Motionen	10
2.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	10
2.5.1 Postulate	10
2.5.2 Motionen	10
2.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung Landrat	10
2.6.1 Postulate	10
2.6.2 Motionen	11
3. Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden	12
3.1. Finanz- und Kirchendirektion	12
3.1.1 Postulate	12
3.1.2 Motionen	15
3.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion	16
3.2.1 Postulate	16
3.2.2 Motionen	19
3.3. Bau- und Umweltschutzdirektion	21
3.3.1 Postulate	21
3.3.2 Motionen	25
3.4. Sicherheitsdirektion	27
3.4.1 Postulate	27
3.4.2 Motionen	27
3.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion	28
3.5.1 Postulate	28
3.5.2 Motionen	30
3.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung Landrat	31
3.6.1 Postulate	31
3.6.2 Motionen	31
4. Anträge	31

1. Ausgangslage

1.1. Auftrag

Gemäss § 34 Abs. 1c der Geschäftsordnung des Landrats obliegt der Geschäftsprüfungskommission die Vorbehandlung der Vorlage des Regierungsrates über den Stand der Bearbeitung der Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind.

1.2. Vorgehen

Die Sammelvorlage [2017/041](#) zu den nicht fristgerecht erfüllten parlamentarischen Aufträgen enthält 11 Postulate und eine Motion, die vom Regierungsrat zur Abschreibung beantragt werden, sowie 77 Postulate und 19 Motionen, deren Bearbeitungsfrist um ein Jahr verlängert werden soll.

Die fünf Subkommissionen der GPK haben die Vorlage je im Bereich der ihnen zugewiesenen Direktion zuhanden der Gesamtkommission geprüft.

Die Geschäftsprüfungskommission hat die Sammelvorlage an ihrer Sitzung vom 11. Mai 2017 behandelt und den vorliegenden Bericht genehmigt.

1.3. Feststellungen der GPK

Die Bearbeitungsfristen für die parlamentarischen Aufträge sind im Gesetz verbindlich vorgegeben. Abschreibungen oder Bearbeitungsfrist-Verlängerungen um jeweils ein Jahr kann nur der Landrat beschliessen.

Der vorliegende Sammelbericht des Regierungsrates zu den nicht fristgerecht erfüllten parlamentarischen Aufträgen stellt ein effizientes Instrument dar, um erledigte oder politisch nicht mehr relevante Vorstösse abzuschreiben bzw. den Landrat über den Stand der Bearbeitung und den Grund für die benötigte Fristverlängerung zu informieren.

Voraussetzung für die Abschreibung eines vom Landrat überwiesenen Vorstosses ist, dass die Regierung das Anliegen seriös geprüft und dazu berichtet hat. Laut § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landrates gelten überwiesene Motionen oder Postulate als erfüllt, wenn der Regierungsrat eine Vorlage oder einen Bericht unterbreitet hat. Auch Kurzberichte im Rahmen dieser Sammelvorlage können dieses Kriterium erfüllen, ungeachtet dessen, ob das Anliegen als solches erfüllt ist oder nicht.

Die Vorlage betreffend Aufträge, welche nicht innert der gesetzlichen Frist erfüllt worden sind, umfasst 108 vom Landrat überwiesene Postulate und Motionen, was wiederum einen leichten Zuwachs im Vergleich zum letzten Jahr bedeutet. Regierungsrat und Verwaltung sollten weiterhin bestrebt sein, die gesetzliche Frist einzuhalten und nur in wirklich begründeten Fällen eine Verlängerung der Bearbeitungsfrist zu beantragen.

Die Bearbeitungszeit vieler Vorstösse von mehreren Jahren ist sehr lang. Bei solchen Zeitspannen besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass sich das Umfeld so weiterentwickelt hat, dass der parlamentarische Auftrag der heutigen Situation gar nicht mehr entspricht. Die GPK hat deshalb in ihren letzten vier Berichten zur Sammelvorlage (2013/041, 2014/041, 2015/041 und 2016/041) die Einführung einer einfachen digitalen Projekttafel angeregt. Für Landratsmitglieder war es bis anhin nicht möglich, sich einen vernünftigen Überblick über die hängigen Geschäfte zu verschaffen. Aus dieser Darstellung sollte mittels einer Zeitachse ersichtlich sein, wo welche Vorstösse bzw. Vorlagen hängig sind. Der Landrat hat dieser Empfehlung in allen vier Berichtsjahren zugestimmt.

In seiner Stellungnahme zur Empfehlung der GPK informiert der Landschreiber über die derzeitige Einführung einer neuen Geschäftskontrolle in der Landeskantlei. Als Software werde das Produkt «Axioma» der Luzerner Software-Firma CMI AG eingesetzt, das bereits in 15 weiteren Kantonen installiert ist. Im Rahmen dieser Einführung werde zurzeit auch eine einfache Plattform, um die hängigen Geschäfte abzufragen, erarbeitet. Die Aufschaltung dieser Übersicht über die hängigen Geschäfte sei auf den 1. Dezember 2017 geplant.

Die GPK hofft, dass die Pendenz dadurch im nächsten Jahr erledigt ist.

2. Abzuschreibende Aufträge

2.1. Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2014/283	Postulat von Lotti Stokar vom 4. September 2014: Aufgabenverschiebung zwischen Kanton und Gemeinden und Kompensationszahlungen	Mit dem Prozess "Verfassungsauftrag Gemeindestärkung (VAGS)" hat sich die Ausgangslage für grosse, finanzrelevante Aufgabenverschiebungen und insbesondere für deren Kompensation deutlich verändert. So ist zukünftig nicht mehr von grossen Finanztransaktionen auszugehen. Der Regierungsrat beantragt deshalb, das Postulat 2014/283 mit der Vorlage 2017/041 abzuschreiben.	Das Postulat sei abzuschreiben.
2014/377	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. November 2014: 50% des Gewinnanteils der Nationalbank zur Schuldentrückzahlung verwenden	Gemäss der Finanzstrategie will der Regierungsrat bis zum Jahr 2020 einen Selbstfinanzierungsgrad von 80-100% erreichen. Einen Abbau der Verschuldung erfolgt erst ab einem Selbstfinanzierungsgrad von 100%. Da der SNB-Ertrag im AFP 17-20 auf der Ertragsseite berücksichtigt wird, würde eine gebundene Verwendung der Gewinnanteile der SNB die Stabilisierung des Haushaltes zusätzlich erschweren. Die in der Finanzstrategie angestrebte Beseitigung des Haushaltsdefizites würde sich durch die Forderungen in Postulat 2014/377 verzögern. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2014/377 mit der Vorlage 2017/041 abzuschreiben.	Das Postulat sei abzuschreiben.

2.1.2 Motionen

Keine.

2.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

2.2.1 Postulate

2013/032	Postulat von Marc Bürgi vom 28. Januar 2013: Konzept einer agierenden Wirtschaftsförderung 2012 - 2015	Dem Anliegen, ein Konzept für eine gezielte Wirtschaftsförderung zu entwickeln, ist die Regierung mit dem gemeinsamen Wirtschaftsbericht 2016 - 2019 der Kantone BL und BS nachgekommen. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2013/032 als erledigt abzuschreiben.	Das Postulat sei abzuschreiben.
--------------------------	--	---	---------------------------------

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2013/426	Postulat von Brigitte Bos vom 28. November 2013: Familienfreundliche Wirtschaftsoffensive	<p>Zur „Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ hat der Kanton unter der Federführung des Fachbereichs Familien ein Projekt lanciert, das den KMU Unterstützung bietet, Chancen und Vorteile von familienfreundlichen Arbeitsbedingungen zu erkennen, entsprechende Massnahmen einzuleiten bzw. umzusetzen und einen Erfahrungsaustausch untereinander zu pflegen. Das Projekt wurde in Staffeln mit jeweils 10 bis 12 teilnehmenden Betrieben umgesetzt und es wurde im „Standpunkt der Wirtschaft“ darüber berichtet. Die erste Staffel startete 2012 und endete im November 2014. Die zweite Staffel startete Anfang 2015 und läuft derzeit noch. Es ist vorgesehen, die weitere Bearbeitung des Themas Familienfreundlichkeit in den Betrieben in den ordentlichen Betrieb überzuführen.</p> <p>Die Trägerschaft des Projekts liegt beim Fachbereich Familien (SID). Die Vernetzung zur Standortförderung Baselland, zum KIGA und zur Fachstelle für Gleichstellung BL ist sichergestellt.</p> <p>Daneben fanden und finden weitere aktive und passive Informationen und Beratungen zu Gunsten der Unternehmen und zu Tagesbetreuungsmöglichkeiten statt (Kampagne „Der Teilzeitmann“, Plattform Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel sowie Informationsquellen Familienhandbuch Nordwestschweiz, Kinderbetreuung Schweiz oder Informationen zur familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Basel-Landschaft). Das Anliegen des Postulats ist umgesetzt.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2013/426 als erledigt abzuschreiben.</p>	Das Postulat sei abzuschreiben.
2014/278	Postulat von Christof Hiltmann vom 4. September 2014: Die Rheinhäfen BS/BL brauchen eine Eignerstrategie	<p>Die Eigentümerstrategie liegt mittlerweile vor.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2014/278 als erledigt abzuschreiben.</p>	Das Postulat sei abzuschreiben.

2.2.2 Motionen

Keine.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
--------	-------	---------------------	--------------------------

2.3. Bau- und Umweltschutzdirektion

2.3.1 Postulate

2012/391	<p>Postulat der FDP-Fraktion vom 12. Dezember 2012: Verwaltungsneubauten - die beste Option?</p>	<p>Im Rahmen des Postulats wird die Frage aufgeworfen, ob kantonseigene Neubauten noch zeitgemäss und kostenoptimal sind.</p> <p>Zur Lösung der unbestritten unwirtschaftlichen, unflexiblen, wenig kundenfreundlichen Situation bei den zahlreichen Immobilien am Standort Liestal, hat die Regierung 2007 die generelle Strategie für ein Flächenmanagement mit dem Lösungsansatz eines Neubaus verabschiedet. Konkret sollen 540 Arbeitsplätze an zentraler Lage neu untergebracht und rund 20 Standorte aufgegeben werden.</p> <p>Im Zuge der Aufwertung und Stärkung der Ergolzachse und des geplanten Vierspurausbaus der planen die SBB den Neubau eines Aufnahmegebäudes am Bahnhof. Für die Verwaltung eröffnete sich dadurch die Möglichkeit einer grossflächigen Einmietung an zentraler Lage. Diese Lösung wies hinsichtlich Standort, Flexibilität, Synergiepotenzial, etc. wesentliche Vorteile auf. Die Regierung hatte daher beschlossen diese Variante (Mietlösung) voranzutreiben.</p> <p>Nach intensiven Verhandlungen zwischen den SBB und dem Kanton konnte bei wesentlichen Elementen einer Einmietung, namentlich beim Mietpreis, keine Einigung zur Einmietung der kantonalen Verwaltung in einem Neubau der SBB erzielt werden. Der Regierungsrat hat mit RRB Nr. 1351 vom 20. September 2016 den Verzicht auf weitere Mietverhandlungen mit den SBB entschieden. Eine Mietlösung wird nicht mehr angestrebt</p> <p>Für die Optimierung des Verwaltungsstandort Liestal und der Umsetzung des Flächenmanagement Liestal hat der Regierungsrat mit RRB Nr. 0050 vom 10. Januar 2017 folgenden Schritten zugestimmt: Der Raum- und Flächenbedarf werden aktualisiert, potentielle Standorte entsprechend dem Bedarf abgeklärt und vertiefte Studien zu den beschlossenen Standortvarianten ausgelöst.</p> <p>Sämtliche Inputs des Postulats hinsichtlich Miete, Benchmarks und Flexibilität sind in Ihrer Kernaussage sinnvoll und werden bei der Ausarbeitung von Bauvorhaben für die Verwaltung bereits heute berücksichtigt. Im Sinne der Transparenz werden die Ergebnisse in den Landratsvorlagen jeweils entsprechend dargestellt.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2012/391 abzuschreiben.</p>	<p>Das Postulat sei abzuschreiben.</p>
--------------------------	--	---	--

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2013/339	Postulat von Daniel Altermatt vom 19. September 2013: Revision oder ggf. Ersatz der Vereinbarung über die Basler Verkehrs - Betriebe und die BLT Baselland Transport AG; Staatsvertrag 480.1 vom 26. Januar 1982	<p>Die von den Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt eingesetzten Verhandlungsdelegationen haben dem Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen (LA) im August 2014 einen Zwischenbericht und im November 2014 einen Bericht «Umsetzungskonzept Verkehrsverbund, Projektskizze» vorgelegt. Die Regierungen sind zum Schluss gekommen, dass eine Überarbeitung der Vereinbarung nicht zielführend ist und eine wirksame Verbesserung u.a. auch der Zusammenarbeit eine grundsätzliche Neuregelung der Strukturen im regionalen Personenverkehr bedingt. Sowohl aus Sicht des prognostizierten Bevölkerungswachstums, insbesondere im Kanton Basel-Landschaft, als auch einer generell steigenden Mobilitätsnachfrage, insbesondere nach öffentlichem Verkehr, sind Modelle mit Effizienzsteigerung, also «bessere und mehr Leistungen zu gleichen Kosten» wahrscheinlicher als effektiv absolute Einsparungen. Die voraussichtlich weiter steigende Leistungserbringung aufgrund der Mobilitätsnachfrage muss von einer unterproportionalen Kostenentwicklung begleitet sein.</p> <p>Mit RRB 2007 vom 16.12.2014 haben die Regierungen Basel-Landschaft und Basel-Stadt mit gleichlautenden Beschlüssen Phase 2, «Grobkonzept Verkehrsverbund» gemäss der vom Lenkungsausschuss am 25. November 2014 genehmigten Projektskizze, ausgelöst. Die Ausschreibung konnte per Ende 2015 erfolgen.</p> <p>Am 14. April 2016 hat der Landrat Motion 2016-044 von Oskar Kämpfer, SVP, Planung Verkehrsverbund, überwiesen. Darin wurde der Regierungsrat aufgefordert: Das Projekt sofort zu stoppen und erst wieder aufzunehmen, wenn die Zielgruppen einen Bedarf anmelden und der notwendige Spielraum im Rahmen der neuen Finanzstrategie vorhanden ist. In der Folge wurde das Ausschreibungsverfahren für ein Grobkonzept Verkehrsverbund gestoppt und das Projekt beendet.</p> <p>Nachdem derzeit keine Zielgruppe Bedarf anmeldet erscheint Postulat 2013/339 obsolet zu sein.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2013/339 abzuschreiben.</p>	Das Postulat sei abzuschreiben.
2015/338	Postulat von Georges Thüring vom 10. September 2015: Braucht es die Stelle "Liegenschaftsverkehr" noch?	Seit Einreichung hat sich die detaillierte Beantwortung der wesentlichen Fragestellungen des Postulats durch die öffentlich sichtbare Tätigkeit des Immobilienverkehrs als obsolet erwiesen. Im Jahr 2016 wurden 17 bebaute und unbebaute Grundstücke verkauft, darunter die ehemaligen Bezirksschreibereien in Binningen und Laufen. Grösstes Verkaufsobjekt mit hohem Wirtschaftsförderungspotential war die Veräusserung des Grundstückes im Schorenareal Areal in Arlesheim.	Das Postulat sei abzuschreiben.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
		<p>2016 wurden durch den Immobilienverkehr rund 300 Käufe von Grundstückabschnitten und Rechten für den Bau von Infrastrukturprojekten (Landerwerb) wie Strasse, Hochwasserschutz, Gewässerschutz u.a. erworben und öffentlich beurkundet.</p> <p>Neben den Geschäften des Immobilienhandels verhandelte, bearbeitete und verkaufte der Immobilienverkehr im Jahr 2016 zweiundzwanzig bebaute und unbebaute Liegenschaften an Dritte. Die Kaufpreise betragen total rund 40 Mio. CHF. Zusätzliche konnte ein Kauf im siebenstelligen Betrag abgeschlossen werden.</p> <p>Wären diese Immobiliengeschäfte durch externe Treuhänder abgewickelt worden, hätte dies den Kanton 2-3 Prozent Honorarkosten entsprechend CHF 950'000.- bis CHF 1'425'000.- gekostet. Allein diese Kosten wären wesentlich höher als die Personalkosten des Immobilienverkehrs sind.</p> <p>Bereits im Parlament behandelt und erledigt sind zwei Interpellationen, welche ähnliche Fragestellungen aufgeworfen hatten wie das abzuschreibende Postulat 2015-338.</p> <p>2015-229 vom 4. Juni 2015 Interpellation von Miriam Locher, SP: Vergabepaxis bei Zwischennutzungen im Kanton BL</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftliche Antwort des Regierungsrats vom 25. August 2015 - Beschluss des Landrats vom 5. November 2015: < erledigt > <p>2016-266 vom 8. September 2016 Interpellation von Miriam Locher, SP: Landverkauf in Arlesheim</p> <ul style="list-style-type: none"> - Schriftliche Antwort des Regierungsrates vom 1. November 2016 - Beschluss des Landrates vom 17. November 2016: < erledigt > <p>Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2015/338 abzuschreiben.</p>	

2.3.2 Motionen

Keine.

2.4. Sicherheitsdirektion

2.4.1 Postulate

Keine.

2.4.2 Motionen

Keine.

2.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

2.5.1 Postulate

Keine.

2.5.2 Motionen

Keine.

2.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung Landrat

2.6.1 Postulate

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2011/133	Postulat von Martin Rüegg vom 5. Mai 2011: Wahlbeteiligung erhöhen	Das Postulat wurde mit Vorlage 2014-202 (Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte, Einfügung von § 7a, vote électronique) zur Abschreibung beantragt. Da das Postulat in der zuständigen Kommission nicht hatte behandelt werden können, wurde es stehen gelassen. Derzeit wird die Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte überarbeitet. Die Anpassungen der Verordnung haben zum Ziel, das Abstimmungsbüchlein kürzer und verständlicher zu gestalten. Die Anpassungen erfüllen damit ein Anliegen, das im Postulat zum Ausdruck kommt. Der Verordnungsentwurf wurde am 15. Februar vom Regierungsrat in die Vernehmlassung gegeben. Da die Verordnungsänderung dem Landrat nicht unterbreitet werden muss, kann damit auch kein Antrag zur Abschreibung des Postulats gestellt werden. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2011/133 abzuschreiben.	Das Postulat sei abzuschreiben.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2014/080	Postulat der SVP-Fraktion vom 20. Februar 2014: Präsidien von regierungsrätlichen Kommissionen dürfen keine verwaltungsinterne Angelegenheit sein	Die Bearbeitung des Postulats wurde in die Totalrevision der Verordnung über die Zusammensetzung der regierungsrätlichen Kommissionen (SGS 140.41) aufgenommen. In diesem Rahmen wird eine Lösung für die Fragestellung des Postulats erarbeitet. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2014/080 abzuschreiben.	Das Postulat sei abzuschreiben.
2015/318	Postulat von Marc Schinzel vom 27. August 2015: Stärkung des Vertrauens in die Justiz - Transparente Regelung der Wahl und der Abberufung von Richterinnen und Richter	Der Bericht zum Postulat 2015/318 wurde mit Vorlage 2017/072 dem Landrat überwiesen.	Zum Postulat 2015/318 wurde zwischenzeitlich mit LRV 2017/072 berichtet. Der Regierungsrat beantragt keine Abschreibung des Postulates. Deshalb soll es nicht im Rahmen dieser Vorlage, sondern anlässlich der ordentlichen Beratung im Landrat abgeschrieben werden. Die GPK beantragt, das Postulat 2015/318 nicht abzuschreiben.

2.6.2 Motionen

2010/369	Motion von Urs von Bidder vom 28. Oktober 2010: Gegendarstellungsrecht auch bei Behördenreferendum	Das Anliegen des Motionärs wurde im Rahmen der Anpassung der Verordnung zum Gesetz über die politischen Rechte aufgenommen (am 15. Februar 2017 in Vernehmlassung gegeben). Dort soll neu ausdrücklich geregelt werden, dass die gegensätzlichen Standpunkte in den Abstimmungserläuterungen dargestellt werden müssen. Ein weitergehendes Recht opponierender Kreise liesse sich nicht einräumen, da im Fall eines Behördenreferendums keine einheitliche Gegnerschaft besteht. Die neue Bestimmung wird auch anwendbar bei Abstimmungen in Gemeinden, wenn amtlich Erläuterungen abgegeben werden. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat 2010/369 abzuschreiben.	Die Motion sei abzuschreiben.
--------------------------	--	--	-------------------------------

3. Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1. Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2005/058	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Februar 2005: Standesinitiative betreffend Oberaufsicht des Bundes über die Erdbebenvorsorge	National- und Ständerat haben die Standesinitiative BS abgelehnt (15.310). Der Bericht des Bundesrates zur Abschreibung der Motion Fournier (11.3511) ist noch hängig (14.054). Bundesrat als auch die UREK-S und -N befürworten eine Konkordatslösung. Die UREK-S hat die KdK aufgefordert, bis Mitte 2017 auf eine Konkordatslösung hinzuarbeiten. Sobald das weitere Vorgehen auf Ebene Bund wie auch interkantonal klar ist, wird ein Antrag auf Abschreibung des kantonalen Vorstosses geprüft.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2005/114	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 21. April 2005: Einführung einer generellen Strassenkasse resp. eines Strassenfonds	Der mit dem Gesetz über den unverzüglichen Bau der H2 zwischen Pratteln und Liestal am 18. Mai 2006 beschlossene spezielle Strassenfonds für die H2 (Fonds 8310) ermöglicht es, Erfahrungen mit der zweckgebundenen Strassenfinanzierung zu sammeln. Allerdings stellt die Führung von zwei Strassenfonds gleichzeitig nebeneinander für den Regierungsrat keinen gangbaren Weg dar, und der H2-Fonds stellt auch kein Präjudiz für die Einführung eines generellen Strassenfonds dar. Ein genereller Strassenfonds, gespiesen aus zweckgebundenen Steuern, Abgaben und Beiträgen, soll deshalb frühestens geprüft werden, wenn der spezielle Strassenfonds für die H2 ausläuft. Die Bildung einer Spezialfinanzierung ist aktuell bei der BUD in Planung. Eine Vorlage der BUD ist dazu bis 2018 geplant. Das Postulat 2005/114 soll im Rahmen dieser Vorlage abgeschrieben werden.	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Die GPK ist erstaunt, dass das Postulat im 2016 wiederum nicht beantwortet wurde. Die GPK erwartet, dass die Beantwortung bis Ende des 1. Quartals 2018 erfolgt.
2008/221	Postulat der SVP-Fraktion vom 11. September 2008: Zentrumsabgeltung an Basel-Stadt: Überprüfung der finanziellen Grundlagen	Das Anliegen des Postulats musste wegen den Arbeiten am Entlastungspaket 12/15 und der Finanzstrategie zurück gestellt werden. Im 2017 wird das Thema angegangen und das weitere Vorgehen bestimmt; dies wird koordiniert mit der Überprüfung der Zusammenarbeit mit Basel-Stadt betreffend gemeinsame Trägerschaft Universität und Kultur.	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Bereits in der letztjährigen Sammelvorlage (LRV 2016/041) hat der Regierungsrat eine Erledigung im 2016 in Aussicht gestellt. Die GPK erwartet, dass die Beantwortung bis Ende 2017 erfolgt.
2010/070	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Februar 2010: Proaktives Management der Transfer-Finanzflüsse	Es wird eine separate Vorlage erarbeitet. Termin: Frühestens Ende 2018. Das Thema wurde aufgrund der Arbeiten am EP 12/15 und an der Finanzstrategie 2016 bis 2019 posteriorisiert.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2010/372	Postulat der SVP-Fraktion vom 28. Oktober 2010: Überprüfung der Leistungsvereinbarungen mit Basel-Stadt	Der grösste Einzelbetrag im Rahmen einer Leistungsvereinbarung fliesst an die Universität Basel. Der Globalbeitrag an die Universität für die nächste Leistungsperiode 2018-2021 wird zurzeit neu verhandelt. Die finanziellen Parameter und Berechnungskriterien werden geprüft. Die personellen Ressourcen werden hier fokussiert.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern
2011/364	Postulat von Christoph Buser vom 15. Dezember 2011: Vorwärtsstrategie in der Wirtschaftspolitik BL Teil 2: Schaffung von Investitions-Anreizen in der Steuergesetzgebung	Das Thema ist Teil der Unternehmenssteuerreform III (USR III). Gemäss Beschluss des eidgenössischen Parlaments ist eine Dividendenbesteuerung von mindestens 60 % vorzunehmen, wenn die zinsbereinigte Gewinnsteuer eingeführt werden soll. Andernfalls bleiben die Kantone in der Dividendenbesteuerung resp. -entlastung frei. Das Anliegen des Postulats wird im Zusammenhang mit der aktuellen Umsetzung der USR III auf kantonaler Ebene geprüft.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2012/193	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Verkehrssteuern sollen Kosten der Strassenrechnung decken	Der Landrat hatte das Postulat am 21.6.2012 überwiesen. In der Folge erarbeitete die FHNW eine Studie zur kantonalen Strassenrechnung des Jahres 2011, die der Regierungsrat am 29.9.2015 zur Kenntnis nahm (die Studie ist im Rahmen einer Medienmitteilung seitens BUD am 1.10.2015 publiziert worden). Die Bildung einer Spezialfinanzierung ist aktuell bei der BUD in Planung. Eine Vorlage der BUD ist dazu bis 2018 geplant. Das Postulat 212/193 soll im Rahmen dieser Vorlage abgeschrieben werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2012/194	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 21. Juni 2012: Eliminierung von Fehlanreizen bei den Ertragssteuern für Firmen	Das System der Unternehmensbesteuerung wird mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) grundlegend verändert werden. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der USR III auf kantonaler Ebene kann geprüft werden, ob überhaupt Fehlanreize bestehen und wie diese allenfalls eliminiert werden könnten.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/123	Postulat von Claudio Botti vom 10. April 2014: Steuerliche Entlastung für Unternehmungen mit sozialer und gesellschaftlicher Verantwortung	Das System der Unternehmensbesteuerung wird mit der Unternehmenssteuerreform III (USR III) grundlegend verändert werden. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der USR III auf kantonaler Ebene kann geprüft werden, ob weitere steuerliche Entlastungen für Unternehmen eingeführt werden können und sollen.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/206	Postulat von Patrick Schäfli vom 12. Juni 2014: Neuregelung der Besteuerung von im Kanton BL tätigen Grenzgängern aus Frankreich gefordert: Heute ent-	Der Bericht zum Postulat ist erarbeitet und wird vom Regierungsrat im ersten Quartal 2017 zuhanden des Landrats verabschiedet werden.	Formell sei die Frist für die Bearbeitung dieses Postulates um ein Jahr zu verlängern. <i>(Zum Postulat 2014/206 wurde zwischenzeitlich mit LRV 2017/160 berich-</i>

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
	gehen dem Kanton BL CHF 60 - 150 Millionen an Steuereinnahmen der Grenzgänger aus Frankreich		<i>tet.)</i>
2014/365	Postulat der FDP-Fraktion vom 30. Oktober 2014: Aktualisierung Partnerschaftsbericht	Auf das Jahr 2017 wurden die Kontierungsabläufe überarbeitet und optimiert. Der Partnerschaftsbericht kann deshalb erst im nachfolgenden Jahr 2018 aktualisiert werden. Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 30.06.2018.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/399	Postulat von Pia Fankhauser vom 27. November 2014: Rahmengesetz für Kantonsbeiträge an gemeinnützige Institutionen	Zurzeit erarbeitet der Regierungsrat unter der Federführung der FKD ein Konzept für ein Staatsbeitragscontrolling. Das Controlling über die Vergabe von Kantonsbeiträgen an gemeinnützige Organisation wird im Rahmen dieses Konzepts überprüft.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/421	Postulat von Andreas Bammatter vom 10. Dezember 2014: Angemessene Unterstützung für Unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA)	Das Kantonale Sozialamt hat im Jahr 2015 in Arlesheim ein UMA-Heim eröffnet. Damit sind im Wesentlichen die Forderungen des Postulates (überwiesen am 05.11.2015) erfüllt. Es wird Ende 2017 zu entscheiden sein, ob das Heim weiterbetrieben werden wird oder eine andere Lösung in Betracht zu ziehen ist. Die Vorstösse 2014/421 , 2015/309 und 2015/310 werden gemeinsam bearbeitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/056	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 29. Januar 2015: Ertragsneutrale Streichung der kantonalen Kurslisten	Im Regierungsprogramm 2016–2019 (LRV 2015/431) ist unter dem Schwerpunkt «Innovation und Wertschöpfung» (IW) als Legislaturziel IW-LZ 2 festgehalten, dass der Kanton Basel-Landschaft mit seinen Dienstleistungsstandards wettbewerbsfähig bleibt und Steuern hat, die für natürliche und juristische Personen im nationalen und internationalen Standortwettbewerb konkurrenzfähig sind. Für die Steuerverwaltung wurde daraus das Ziel IW-RZD 6 abgeleitet, das wie folgt lautet: Die Besteuerung des Einkommens und des Vermögens wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten moderater und gleichmässiger ausgestaltet. Als Massnahmen / Projekte wurde festgelegt, dass eine Einkommens- und Vermögenssteuerreform vorbereitet wird. Im Rahmen dieser Vorbereitungen soll das Anliegen des Postulats geprüft werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/121	Postulat der SVP-Fraktion vom 19. März 2015: Reduktion der Staatsverwaltung	Postulat 2015/121 wird im Rahmen der Strategiemassnahmen im Jahr 2017 weiterbearbeitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/178	Postulat der SVP-Fraktion vom 30. April 2015: Flexibi-	Postulat wird mit der Landratsvorlage zur Revision des Salärsystems bis ca. Mitte 2018 abgeschrieben.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
	lisierung des Lohnsystems		
2015/257	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 25. Juni 2015: Corporate Governance Regeln für Beitrags- resp. Subventionsempfänger	Das Thema wird in der LRV betreffend Staatsbeitragscontrolling behandelt. Termin: Frühestens Ende 2018 im Landrat. Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 30.12.2018.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/309	Postulat von Andreas Bammatter vom 27. August 2015: Gesetz zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (UMA)	Das Kantonale Sozialamt hat im Jahr 2015 in Arlesheim ein UMA-Heim eröffnet. Dabei stützte es sich auf bestehende gesetzliche Grundlagen (bspw. § 32 Abs. 2 lit. d. Sozialhilfegesetz). Es wird, auch im Rahmen des Postulates 2014/421 , überprüft, ob neue gesetzliche Bestimmungen notwendig sind. Die Vorstösse 2014/421 , 2015/309 und 2015/310 werden gemeinsam bearbeitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/310	Postulat der Grüne-Fraktion vom 27. August 2015: Erweiterung der Unterbringungsmöglichkeiten und Schutz von besonders verletzlichen Personen während Asylverfahren	Das Postulat hat dieselbe Stossrichtung wie die Postulate 2014/421 und 2015/309 . Es wird deshalb gemeinsam mit diesen bearbeitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/316	Postulat von Elisabeth Augstburger vom 27. August 2015: Verbesserte Integration von Flüchtlingen	Das Kantonale Sozialamt hat in Münchenstein ein Pilotprojekt umgesetzt. Dabei handelt es sich um ein Assessmentcenter für Flüchtlinge mit dem Ziel, diese Personen baldmöglichst in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Zudem wurde das Programm Salute "Götti-System" eingeführt, wonach Private sich bezüglich Begleitung und bedingt auch Unterkunft melden können. Anfangs 2018 liegt die Evaluationen des Projektes Assessmentcenter vor. Die Auswertung des "Götti-System" wird zeitgleich erstellt. Sobald die Erkenntnisse aus beiden Massnahmen vorliegen, kann das Postulat abschliessend beantwortet werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

3.1.2 Motionen

2010/188	Motion von Klaus Kirchmayr vom 6. Mai 2010: Standesinitiative "Schweizerische Erdbebenversicherung"	National- und Ständerat haben die Standesinitiative BS abgelehnt (15.310). Der Bericht des Bundesrates zur Abschreibung der Motion Fournier (11.3511) ist noch hängig (14.054). Bundesrat als auch die UREK-S und -N befürworten eine Konkordatslösung. Die UREK-S hat die KdK aufgefordert, bis Mitte 2017 auf eine Konkordatslösung hinzuarbeiten. Sobald das weitere Vorgehen auf Ebene Bund wie auch interkantonal klar ist, wird ein Antrag auf Abschreibung des kan-	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
--------------------------	---	--	--

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
		tonalen Vorstosses geprüft.	
2013/235	Motion der BDP/glp-Fraktion vom 27. Juni 2013: Verwaltungsreform	Die Vorlage 2016/379 befasst sich mit verschiedenen Aspekten der Verwaltungsreform und befindet sich Anfang 2017 zur Beratung in der Finanzkommission des Landrats. Der Ausgang dieser Beratungen wird darauf Einfluss haben, wie betreffend Vorstoss 2013/235 vorgegangen wird.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

3.2. Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion

3.2.1 Postulate

2007/064	Postulat der FDP-Fraktion vom 22. März 2007: Bericht zur Altersversorgung im Kanton Basel-Landschaft	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2011/337	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 1. Dezember 2011: Kantonale Strategie zur Spitalfinanzierung	Wird im Rahmen der geplanten LRV zur gemeinsamen Spitalplanung (Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion) beantwortet (Termin Q4 2017).	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Der Termin soll unbedingt eingehalten und das Postulat bis Ende 2017 beantwortet werden.
2011/360	Postulat von Marie-Theres Beeler vom 15. Dezember 2011: Für eine echte Qualitätssicherung in Spitexorganisationen und Alters- und Pflegeheimen	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2012/393	Postulat der FDP-Fraktion vom 12. Dezember 2012: Pflegefinanzierung im Alter: nächste Kostenbombe?	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/243	Postulat von Regina Vogt vom 27. Juni 2013: Überprüfung der Kostengestaltung im APH - Bereich	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2013/340	Postulat von Christof Hiltmann vom 19. September 2013: Gewinnverteilung Schweizerische Rheinhäfen: Teilabgeltung an Standortgemeinden	Gespräche zwischen der Gemeinde, der Standortförderung BL, der SRH und den Grundeigentümern sind am Laufen. Der Fokus liegt auf der Weiterentwicklung von drei Teilparzellen. Mit konkreten Ergebnisse im Sinne von Nutzungskonzepten und / oder allfälligen ersten Ansiedlungen ist in den nächsten zwei bis drei Jahren zu rechnen.	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Es geht um eine Änderung des Finanzhaushaltgesetzes und gehört dementsprechend in die FKD. Eine Berichterstattung im Sinne der hier aufgeführten Argumentation wird erwartet. Die GPK erwartet, dass die Beantwortung bis Ende 2017 erfolgt.
2013/433	Postulat von Sven Inäbnit vom 28. November 2013: Demenzstrategie für den Kanton Basel-Landschaft - zusammen mit dem Kanton Basel-Stadt?	Geschäft durch Regierungsrat posteriorisiert (Termin: bei Vorliegen der Strategie Ende 2018). Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 30.12.2018.	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Die Demenzstrategie des Kantons Basel-Stadt wurde mit Stellungnahme auf den Vorstoss von Grossrat Daniel Stolz im Januar 2016 beantwortet. Die GPK erwartet deshalb, dass die Beantwortung bis Ende 2017 erfolgt.
2013/454	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 11. Dezember 2013: Stopp dem Spital-Wettrüsten auf Kosten der Steuer- und Prämienzahler	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur gemeinsamen Spitalgruppe (Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion) beantwortet (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/065	Postulat von Klaus Kirchmayr vom 13. Februar 2014: Strategie-Überprüfung Kantonsspital Baselland	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur gemeinsamen Spitalgruppe (Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion) beantwortet (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/281	Postulat von Sven Inäbnit vom 4. September 2014: Ambulante ärztliche Grundversorgung: wohin steuert der Kanton Basel-Landschaft	In die Beantwortung des Postulats sollen auch Erkenntnisse aus dem Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion (Gemeinsame Spitalplanung), dem Gesundheitsnetzwerk Laufental und allfällige Entscheide des Bundesparlaments zum Thema „Zulassungsstopp/Vertragszwang“ sowie der Beantwortung des Postulats 2016-068 (Termin Ende 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/313	Postulat von Thomas Bühler vom 18. September	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur Umsetzung des Verfassungsauftrags 106a Wohnbauförderung zur Abschreibung beantragt werden	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
	2014: Förderung der Eigenkapitalbildung beim gemeinnützigen genossenschaftlichen Wohnungsbau	(Termin: Q4 2017).	
2014/400	Postulat von Marianne Hollinger vom 27. November 2014: Prognose für Pflegebetten im Baselbiet womöglich viel zu hoch!	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/015	Postulat von Kathrin Schweizer vom 15. Januar 2015: Genossenschaftlicher Wohnungsbau beim Spiesshöfli	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur Umsetzung des Verfassungsauftrags 106a Wohnbauförderung zur Abschreibung beantragt werden (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/017	Postulat von Regula Meschberger vom 15. Januar 2015: Preisgünstiger Wohnungsbau im Kanton BL: Neue Instrumente und Wege prüfen	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur Umsetzung des Verfassungsauftrags 106a Wohnbauförderung zur Abschreibung beantragt werden (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/018	Postulat von Kathrin Schweizer vom 15. Januar 2015: Baurecht statt Verkauf	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur Umsetzung des Verfassungsauftrags 106a Wohnbauförderung zur Abschreibung beantragt werden (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/019	Postulat von Andreas Bammatter vom 15. Januar 2015: Aktiv preisgünstigen Wohnraum ermöglichen - Impulsprogramm für Junge	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur Umsetzung des Verfassungsauftrags 106a Wohnbauförderung zur Abschreibung beantragt werden (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/051	Postulat von Georges Thüring vom 29. Januar 2015: Der Wald muss uns etwas wert sein	Die Erarbeitung des Berichts zum Postulat hat sich infolge personeller Engpässe verzögert. Die LRV folgt (Termin: Q1 2017).	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Die Frist für die Erarbeitung einer Landratsvorlage bis Ende des 1. Quartals wurde nicht eingehalten. Diese wird im 2. Quartal 2017 erwartet.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2015/077	Postulat der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 12. Februar 2015: Teilrevision des Spitalgesetzes	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur gemeinsamen Spitalgruppe (Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion) beantwortet (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/313	Postulat von Marc Scherrer vom 27. August 2015: Privatisierung der Spitäler Basel-Landschaft	Wird im Zusammenhang mit der geplanten LRV zur gemeinsamen Spitalgruppe (Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion) beantwortet (Termin: Q4 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

3.2.2 Motionen

2006/265	Motion der FDP-Fraktion vom 2. November 2006: Umsetzung der kantonalen Koordinationspflichten im Bereich Betreuung und Pflege im Alter	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2011/131	Motion der FDP-Fraktion vom 5. Mai 2011: Neuer Gesundheitsversorgungsbericht ab 2012 zur Genehmigung durch den Landrat	Die Motion soll durch Erkenntnisse aus dem Projekt Gemeinsame Gesundheitsregion (Gemeinsame Spitalplanung) beantwortet und dann zur Abschreibung beantragt werden (Termin Ende 2018).	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Der Vorstoss soll als überwiesene Motion in die Vorlage aufgenommen werden. Die GPK erwartet, dass die Beantwortung bis Ende 2017 erfolgt.
2011/359	Motion von Marie-Theres Beeler vom 15. Dezember 2011: Für eine sinnvolle und sachgemässe Subventionierung von Einrichtungen der Betreuung und Pflege im Alter!	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2012/072	Motion von Klaus Kirchmayer vom 8. März 2012: Standesinitiative für eine Überprüfung des eidg. Krankenversicherungsgesetz	LRV betr. Abschreibung ohne Standesinitiative in Vorbereitung – Forderungen des Motionärs mittlerweile grösstenteils überholt; Plan: im 4Q 2017 Beratung im Regierungsrat.	Die Forderungen des Motionärs sind mittlerweile grösstenteils überholt. Es existiert dazu im Minimum ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes, welches den Kantonen einen grossen Ermessensspielraum in Bezug auf die Festsetzung der Baserates zugesteht. Die GPK empfiehlt deshalb, die Motion abzuschreiben .
2013/082	Motion von Martin Geiser vom 21. März 2013: Standesinitiative zur Ergänzung von Art. 25a des KVG betreffend die Pflegefinanzierung	LRV betr. Abschreibung ohne Standesinitiative in Vorbereitung – Forderungen des Motionärs im Bundesparlament chancenlos (vgl. abgelehnte. praktisch gleichlautende Standesinitiative TG); Plan: im 4Q 17 in den RR.	Die Forderungen des Motionärs sind überholt, da eine gleichlautende Standesinitiative in der SGK-S 2015 einstimmig abgelehnt wurde. Die GPK empfiehlt deshalb, die Motion abzuschreiben .
2013/085	Motion von Pia Fankhauser vom 21. März 2013: Schaffung Rechtsgrundlagen für Pilotprojekte zur Erprobung des elektronischen Patientendossiers (IDG und Gesundheitsgesetzes)	Die Einführung des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier (EPDG) ist für das erste Quartal 2017 vorgesehen; eine Vorlage betreffend „Pilotprojekte zur Erprobung“ des elektronischen Patientendossiers erübrigt sich somit. Die Motion 2013-085 wird deshalb im Zusammenhang mit der Beantwortung der Motion 2015/205 (Erarbeitung einer kantonalen eHealth-Strategie - für eine koordinierte und vernetzte Gesundheitsversorgung im Kanton BL) zur Abschreibung beantragt werden (Termin Ende 2017).	Der Antrag auf Weiterbehandlung des Postulats wird unterstützt. Es handelt sich hier um das KANTONALE Datenschutzgesetz, das angepasst werden muss. Das angelaufene Projekt EDP in Basel ist im Kanton Basel-Landschaft nicht möglich, da eine Divergenz der Gesetze besteht! Die GPK erwartet, dass die Beantwortung bis Ende Juni 2017 erfolgt.
2014/046	Motion von Pia Fankhauser vom 30. Januar 2014: Überprüfung Kostenmodell "Pflegeheime"	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/364	Motion von Marie-Theres Beeler vom 17. Oktober 2013: Gesicherte Finanzierung der Kinderspitex (vom LR überwiesen am 15. Januar 2015)	Wird im Zusammenhang mit der LRV zum Altersbetreuungs- und Pflegegesetz zur Abschreibung beantragt werden (Termin Mitte 2017).	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
--------	-------	---------------------	--------------------------

3.3. Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

2010/300	Postulat von Elisabeth Schneider vom 9. September 2010: Finanzierung und Unterhalt von Bushaltestellen	<p>Der Vorstoss wird zusammen mit den Motionen 2010/162 und 2010/163 behandelt.</p> <p>Im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und den erforderlichen Investitionen bei Bushaltestellen sowie den knappen Kantonsfinanzen waren / sind vertiefte Abklärungen zu den finanziellen Auswirkungen notwendig. Eine entsprechende Landratsvorlage zur Umsetzung war bis Ende 2014 vorgesehen.</p> <p>Infolge der Sparmassnahmen und notwendigen Kürzungen im Investitionsprogramm konnte die vollständige Finanzierung durch den Kanton noch nicht geklärt werden, da die Realisierung des behindertengerechten Umbaus der Bushaltestellen posteriorisiert wurde; d.h. keine Finanzen im Investitionsprogramm eingestellt wurden. Infolge dieser Posteriorisierung und internen Vakanzen wurde auch das übergeordnete Konzept für den behindertengerechten Umbau inkl. Kostenschätzung zurückgestellt. Der Zeitpunkt, bis wann dieses Konzept mit belastbaren Kosten vorliegt, ist momentan offen (keine Priorität); d.h. die Abschätzung der Kostenfolge der Motion ist momentan kaum möglich. Da infolge der Sparmassnahmen momentan kein Ausbau des ÖV mit neuen Bushaltestellen im Rahmen des 8. GLA vorgesehen ist, besteht keine Dringlichkeit.</p> <p>Es ist vorgesehen, eine Vorlage mit einem Lösungsansatz und entsprechenden Gesetzesanpassungen bis ca. 4. Quartal 2017 zu erarbeiten, so dass die Vorlage im 2018 dem Landrat vorgelegt werden kann.</p> <p>Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 30.06.2018.</p>	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2012/021	Postulat von Stephan Nigg vom 26. Januar 2012: Mobility Konzept Kanton Basel-Landschaft	Nach Beschluss der Landratsvorlage zur Anpassung des KRIP als Folge des Agglomerationsprogrammes AP 3 (Überweisung voraussichtlich 3. Quartal 2017), soll dem Landrat ca. Mitte 2018 eine Landratsvorlage zur Mobilitätsstrategie inkl. Anpassung KRIP überwiesen werden. Das Postulat wird im Rahmen dieser LRV behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2012/022	Postulat von Agathe Schuler vom 26. Januar 2012: Siedlungsentwicklung nach Innen ist intensiv	Das Begehren wurde im Rahmen der Anpassung des Kantonalen Richtplanes aufgenommen und umgesetzt. Der Kantonale Richtplan war 2016 in der öffentlichen Vernehmlassung und wird vom RR im 2. Quartal 2017 in den Landrat zur Beschlussfassung überwiesen. Je nach Ausgestaltung des KRIP kann das Pos-	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
	zu fördern	tulat abgeschrieben werden. Bedarf es aufgrund des KRIP noch einer Anpassung des Raumplanungs- und Baugesetzes, wird der Antrag auf Abschreibung in diesem Verfahren gestellt.	
2013/010	Postulat von Christine Goringourt vom 10. Januar 2013: Busse stauen im Hardwald	Die Rheinstrasse zwischen Pratteln, Salinenstrasse und dem Anschluss Birsfelden weist hohen Instandsetzungsbedarf auf. Auf dieser Strecke verläuft auch eine kantonale Radroute; zudem dient die Strecke teilweise als Umfahrungsstrecke zur A2 für Fahrzeuge mit Ziel Richtung Delémont. Zusätzlich soll gemäss Postulat der ÖV priorisiert werden. Im Zusammenhang mit den verkehrlichen Massnahmen der Gemeinde Birsfelden wird eine deutliche Verbesserung für den Bus erwartet; Ebenso ist vor dem Erdnüsslikreisel eine frühzeitige Trennung des Geradeaus- und Rechtsabbiegeverkehrs vorgesehen. Nach Realisierung der Massnahmen und Beobachtung (ca. 1 Jahr) ist eine Berichterstattung Ende 2017 vorgesehen. Im Rahmen der Erarbeitung eines Projektes sollen längerfristige Massnahmen definiert werden. Das Projekt ist im Agglomerationsprogramm AP 3 angemeldet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/133	Postulat der SVP-Fraktion vom 25. April 2013: Standortprüfung eines Universitätscampus auf Baselbieter Boden	Wurde vom Regierungsrat zurückgestellt. Bearbeitung wird auf Abruf wieder aufgenommen.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/164	Postulat von Oskar Kämpfer vom 16. Mai 2013: Entflechtung ÖV / MIV im Raum Oberwil-Therwil	Die im Postulat angesprochene Langmattstrasse soll weiterverfolgt werden. Wie in der Beantwortung der Interpellation 2015/364 vom 26. Januar 2016 erläutert, soll für die Planung und Projektierung der Langmattstrasse eine eigene Vorlage bis Ende 2017 dem Landrat unterbereitet werden. Im Rahmen dieser Landratsvorlage wird das Postulat abschliessend behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/238	Postulat von Rolf Richterich vom 27. Juni 2013: RBG: Teilrevision anstelle einer Totalrevision	Das Postulat bezieht seinen Antrag auf eine bereits überwiesene Motion 2012/069 der landrätlichen Bau- und Planungskommission vom 8. März 2012: Revision Raumplanungs- und Baugesetz. In dieser wurde dem Regierungsrat die Wahlfreiheit eingeräumt, den Weg einer Total- oder Partialrevision einzuschlagen. Der Regierungsrat hat sich auf eine Teilrevision konzentriert, welche nun in vollem Gange ist. Beantwortung erfolgt voraussichtlich im 4. Quartal 2017.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/360	Postulat von Christoph Buser vom 17. Oktober 2013: 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps: Be-	Nach Beschluss der Landratsvorlage zur Anpassung des KRIP als Folge des Agglomerationsprogrammes AP 3 (Überweisung voraussichtlich 3. Quartal 2017), soll dem Landrat ca. Mitte 2018 eine Landratsvorlage zur Mobilitätsstrategie inkl. Anpassung KRIP überwiesen werden. Das Postulat wird im Rahmen	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
	seitigung des A2-Engpasses Osttangente und Schliessung des Autobahnring um Basel	dieser LRV behandelt.	
2013/361	Postulat von Christoph Buser vom 17. Oktober 2013: 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps: Freigabe der A98 durch Deutschland als Umfahrung von Basel und Teil einer äusseren Ringlösung	Mit dem Bundesamt für Strassen (ASTRA) haben Besprechungen bezgl. der Freigabe der A98 als Redundanz zur Osttangente stattgefunden; der Bericht bzgl. möglichen verkehrlichen Auswirkungen / Entlastungen liegt vor. Die Untersuchung der technischen Machbarkeit liegt im Laufe von 1. Semester 2017 vor und das ASTRA wird voraussichtlich bis Ende Juni 2017 die Ergebnisse kommunizieren, so dass das Postulat Ende 2017 / anfangs 2018 beantwortet werden kann.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/365	Postulat von Christof Hiltmann vom 17. Oktober 2013: 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps: Ein leistungsstarkes Park-and-Ride-System für den Bahnhof Längi in Pratteln	Das P+R – Konzept für die Region Basel ist in Erarbeitung und liegt bis ca. Mitte 2017 vor; die Beantwortung des Postulates kann anschliessend auf dieser Basis bis ca. anfangs 2018 erfolgen.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/367	Postulat von Christof Hiltmann vom 17. Oktober 2013: 5-Punkte-Plan gegen den Verkehrskollaps: Zusätzliche Fahrspur für die A2 im Bereich Hagnau-Augst	Nach Beschluss der Landratsvorlage zur Anpassung des KRIP als Folge des Agglomerationsprogrammes AP 3 (Überweisung voraussichtlich 3. Quartal 2017), soll dem Landrat ca. Mitte 2018 eine Landratsvorlage zur Mobilitätsstrategie inkl. Anpassung KRIP überwiesen werden. Das Postulat wird im Rahmen dieser LRV behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/369	Postulat von Philipp Schoch vom 17. Oktober 2013: Strategie zur Senkung Co2 - und Energieverbrauch im Mobilitätsbereich	Nach Beschluss der Landratsvorlage zur Anpassung des KRIP als Folge des Agglomerationsprogrammes AP 3 (Überweisung voraussichtlich 3. Quartal 2017), soll dem Landrat ca. Mitte 2018 eine Landratsvorlage zur Mobilitätsstrategie inkl. Anpassung KRIP überwiesen werden. Das Postulat wird im Rahmen dieser LRV behandelt. Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 30.06.2018.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/128	Postulat von Christoph Hänggi vom 10. April 2014: Strategische Entwicklungsplanung	Die Vorlage wird im Zusammenhang mit der Anpassung des Kantonalen Richtplans an die Teilrevision des RPG (Teil Siedlung) behandelt. Voraussichtlich 2. Quartal 2017.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
2014/179	Postulat von Christine Goringourt vom 22. Mai 2014: ÖV-Tangentibusverbindungen stecken im Stau	Das Postulat kann im Rahmen der LRV Fahrplanstabilität im 2. Quartal 2017 beantwortet und abgeschrieben werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/226	Postulat von Gerhard Schafroth vom 26. Juni 2014: Direkte niveaugleiche Veloverbindung Schwieriweg - Oristalstrasse	Das Postulat wird mit dem Radroutenkredit behandelt werden. Dieser sollte im Verlauf des 2/3. Quartal 2017 dem LR überwiesen werden können.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/231	Postulat von Julia Gosteli vom 26. Juni 2014: Reduktion der Ausbau-Standards bei Strassen- und Gebäudeunterhalt	<p>Die vorgegebenen Standards werden stets so angewendet, dass bei möglichst tiefen Kosten möglichst viele Strassenkilometer erhalten werden können. Dasselbe gilt für den Strassenunterhalt, bei welchem sich die Standards nach den Aspekten Werterhalt, Verkehrssicherheit und Umwelt richten. Auch hier gilt es, mit effizienten Arbeitsprozessen die Kosten für den Strassenunterhalt möglichst tief zu halten.</p> <p>Das Reduzieren der Bauprojekte auf das Funktionale hat zur Folge, dass ein Paradigmenwechsel stattfindet. Normen, die der baulichen und betrieblichen Sicherheit dienen, werden umgesetzt, Weitergehendes wird weggelassen. Infolge von reduzierten Standards sollen weitere Kosteneinsparungen realisiert werden.</p> <p>Funktionale Bauprojektbestandteile, wie z.B. der Verkehrssicherheit dienende Fahrzeugrückhaltesysteme, werden nach wie vor umgesetzt. So ist auch sichergestellt, dass sich der Kanton kein Problem mit der Werkeigentümerhaftung einhandelt. Die im Postulat geforderten Standardreduktionen sind im Verpflichtungskredit 2018-2021 berücksichtigt.</p>	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/364	Postulat von Rolf Richterich vom 30. Oktober 2014: Prüfung einer Kernumfahrung von Laufen	Es ist vorgesehen, dass das Postulat gemeinsam mit der LRV zum Generellen Projekt der Umfahrung von Laufen und Zwingen behandelt wird. Die Überweisung an den Landrat ist im 4. Quartal 2017 geplant.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/431	Postulat von Martin Rüegg vom 11. Dezember 2014: Tramverbindung ins Industrie- und Gewerbeareal Bachgraben Allschwil	Gegenwärtig laufen diverse Abklärungen beim Kanton sowie der Gemeinde Allschwil, die auf die Frage einer Tramführung im Raum Bachgraben Auswirkungen haben: Die Gemeinde Allschwil erstellt ein räumliches Entwicklungskonzept (bis Ende 2017). Und der Kanton Basel-Landschaft erarbeitet – gemeinsam mit Basel-Stadt - bis ca. 1. Hälfte 2018 ein ÖV-Angebotskonzept für den Raum Allschwil Nord – Basel-West. Mit Vorliegen dieser Grundlagen wird das Postulat ca. Mitte 2018 beantwortet werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
		Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 30.06.2018.	
2015/094	Postulat von Christoph Buser vom 5. März 2015: Keine Behinderungen mehr durch das Bauinventar Baselland (BIB)	Das Postulat ist noch in Erarbeitung. Es sind noch weitere Abklärungen bei den Gemeinden notwendig. Beantwortung erfolgt voraussichtlich im 3. Quartal 2017.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/102	Postulat von Andreas Bammatter vom 5. März 2015: Rollenden Verkehr Baslerstrasse Allschwil nicht behindern	Postulat wird mit der Landratsvorlage zum Projekt Kreisel Hegenheimermattweg behandelt werden. Eine Überweisung an LR ist Verlauf März 2017 geplant.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/120	Postulat von Marianne Hollinger vom 19. März 2015: Grüsel-Autobahnborde, Miese Visitenkarte für Baselbiet	Aufgrund des Entlastungspakets wurden die Reinigungsintervalle verlängert. Leider hat das Littering durch die Bevölkerung sehr stark zugenommen, so dass die Reinigung trotz intensiven Sparbemühungen wieder aufgenommen wird. Die Verträge mit der NSNW AG werden im 1. Quartal 2017 abgeschlossen.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/147	Postulat von Hans-Jürgen Ringgenberg vom 16. April 2015: Planung und Projektierung einer Umfahrungsstrasse für den Raum Leimental, insbesondere für die Gemeinden Therwil und Oberwil	Mit der Abstimmung zu ELBA am 8. November 2015 wurde die weitere Planung für eine Umfahrungsstrasse im Raum Leimental gestoppt. Damit haben sich die Fragen für eine Umfahrungsstrasse im Mittleren und Hinteren Leimental erledigt. Im Rahmen der LRV für die Planung- und Projektierung der Langmattstrasse (Überweisung bis Ende 2017) wird das Postulat behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

3.3.2 Motionen

2008/091	Motion von Madeleine Göschke vom 10. April 2008: Nachtflugsperrung auf dem EAP	Die modifiziert überwiesene Motion wurde in einer umfangreichen Vorlage (2010/398) beantwortet, im Rahmen der parlamentarischen Beratungen aber vom Landrat stehen gelassen und nicht abgeschrieben. Die Thematik hat RR Sabine Pegoraro im Verwaltungsrat des EuroAirport thematisiert und Antrag auf Behandlung gestellt. Dies wurde aber zurückgestellt. Zwischenzeitlich ist von RR Sabine Pegoraro bei der Fluglärmmmission ein Gesuch betr. Untersuchung von Nachtfluglärmeignissen eingereicht worden, und auch beim Verwaltungsrat des EuroAirport wurde von ihr nochmals ein Antrag betr. Verlängerung der	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
--------------------------	--	---	--

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
		<p>Nachtflugsperr (Modell Zürich) eingereicht. Zuletzt wurde im Landrat das Postulat 2016/335 vom 3.11.2016 (R. Bänziger) überwiesen, welches eine Intervention beim Bund nach sich ziehen wird betr. Neufestsetzung der Grenzwerte bei den zivilen Flughäfen in der Nacht.</p>	
<p>2010/162</p>	<p>Motion von Petra Schmidt vom 22. April 2010: Trägerschaft der Erstellungskosten von Bushaltestellen</p>	<p>Die Motion wird zusammen mit dem Postulat 2010/300 und der Motion 2010/163 behandelt.</p> <p>Im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und den erforderlichen Investitionen bei Bushaltestellen sowie den knappen Kantonsfinanzen waren / sind vertiefte Abklärungen zu den finanziellen Auswirkungen notwendig. Eine entsprechende Landratsvorlage zur Umsetzung war bis Ende 2014 vorgesehen.</p> <p>Infolge der Sparmassnahmen und notwendigen Kürzungen im Investitionsprogramm konnte die vollständige Finanzierung durch den Kanton noch nicht geklärt werden, da die Realisierung des behindertengerechten Umbaus der Bushaltestellen posteriorisiert wurde; d.h. keine Finanzen im Investitionsprogramm eingestellt wurden. Infolge dieser Posteriorisierung und internen Vakanzen wurde auch das übergeordnete Konzept für den behindertengerechten Umbau inkl. Kostenschätzung zurückgestellt. Der Zeitpunkt, bis wann dieses Konzept mit belastbaren Kosten vorliegt, ist momentan offen (keine Priorität); d.h. die Abschätzung der Kostenfolge der Motion ist momentan kaum möglich. Da infolge der Sparmassnahmen momentan kein Ausbau des ÖV mit neuen Bushaltestellen im Rahmen des 8. GLA vorgesehen ist, besteht keine Dringlichkeit.</p> <p>Es ist vorgesehen, eine Vorlage mit einem Lösungsansatz und entsprechenden Gesetzesanpassungen bis ca. 4. Quartal 2017 zu erarbeiten, so dass die Vorlage im 2018 dem Landrat vorgelegt werden kann.</p>	<p>Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.</p>
<p>2010/163</p>	<p>Motion von Felix Keller vom 22. April 2010: Finanzierung der Bushaltestellen auf Kantonsstrassen</p>	<p>Im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz und den erforderlichen Investitionen bei Bushaltestellen sowie den knappen Kantonsfinanzen waren / sind vertiefte Abklärungen zu den finanziellen Auswirkungen notwendig. Eine entsprechende Landratsvorlage zur Umsetzung war bis Ende 2014 vorgesehen.</p> <p>Infolge der Sparmassnahmen und notwendigen Kürzungen im Investitionsprogramm konnte die vollständige Finanzierung durch den Kanton noch nicht geklärt werden, da die Realisierung des behindertengerechten Umbaus der Bushaltestellen posteriorisiert wurde; d.h. keine Finanzen im Investitionsprogramm eingestellt wurden. Infolge dieser Posteriorisierung und internen Vakanzen wurde auch das übergeordnete Konzept für den behindertengerechten Umbau inkl. Kostenschätzung zurückgestellt. Der Zeitpunkt, bis wann dieses Konzept mit</p>	<p>Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.</p>

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
		belastbaren Kosten vorliegt, ist momentan offen (keine Priorität); d.h. die Abschätzung der Kostenfolge der Motion ist momentan kaum möglich. Da infolge der Sparmassnahmen momentan kein Ausbau des ÖV mit neuen Bushaltestellen im Rahmen des 8. GLA vorgesehen ist, besteht keine Dringlichkeit. Es ist vorgesehen, eine Vorlage mit einem Lösungsansatz und entsprechenden Gesetzesanpassungen bis ca. 4. Quartal 2017 zu erarbeiten, so dass die Vorlage im 2018 dem Landrat vorgelegt werden kann.	
2012/069	Motion der Bau- und Planungskommission vom 8. März 2012: Revision Raumplanungs- und Baugesetz	Die Motion räumt der Regierung bei der Umsetzung die Wahlfreiheit zwischen Totalrevision und Teilrevision ein. Eine Teilrevision ist nun in vollem Gange. Vergleiche auch die Ausführungen zum Postulat 2013/238. Beantwortung erfolgt voraussichtlich im 4. Quartal 2017.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

3.4. Sicherheitsdirektion

3.4.1 Postulate

2014/126	Postulat von Balz Stückelberger vom 10. April 2014: Überrissene Gebühren für gemeinnützige Stiftungen	Die BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel wird aktuell durch die BSABB wahrgenommen. Die BSABB wurde durch einen Staatsvertrag zwischen beiden Basel gegründet (SGS 211.2). Verschiedene Elemente im Vertrag können einen Einfluss auf die Gebührenhöhe der gemeinnützigen Stiftungen haben. Weil der Landrat in seiner Sitzung vom 3. November 2016 die Motion Klaus Kirchmayr, „Anpassung des Reservefonds der Stiftungsaufsicht beider Basel“ überwiesen hat und dies ebenfalls den Staatsvertrag BSABB betreffen könnte, sollen nun beide Geschäfte zusammen behandelt und dem Landrat im vierten Quartal 2017 vorgelegt werden.	Eine gemeinsame Behandlung der Geschäfte ist aus Sicht der GPK sinnvoll. Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
--------------------------	---	--	---

3.4.2 Motionen

2013/423	Motion der Justiz- und Sicherheitskommission vom 28. November 2013: Regelung einer Bewilligungspflicht bei Grossanlässen im kantonalen Recht	Die Teilrevision des Polizeigesetzes (Bewilligung für Sportveranstaltungen auf Privatreal) wurde am 20. Dezember 2016 mit Frist bis 31. März 2017 in die Vernehmlassung geschickt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
--------------------------	--	--	--

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
--------	-------	---------------------	--------------------------

3.5. Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

3.5.1 Postulate

2010/416	Postulat von Marianne Hollinger vom 8. Dezember 2010: Heime und Sonderschulen - Kostenexplosion stoppen	Das Postulat wird mit der Überarbeitung der vom Landrat zurückgewiesenen Vorlage Integrative Schulung an der Volksschule (2013-284, LRB 12.6.2014) behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/028	Postulat von Martin Rüegg vom 24. Januar 2013: Einführung in "Staatskunde und Politik" an den Schulen der Sekundarstufe II	Das Postulat wurde am 5. November 2015 bei der Beratung der LRV 2015/074 stengelassen. Der Regierungsrat wurde eingeladen, dem Landrat detaillierter zur politischen Bildung an den Gymnasien zu berichten und aufzuzeigen, welche Lösungen aktuell umsetzbar sind. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landrat bis Mitte 2017 unterbreitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/052	Postulat von Christian Steiner vom 7. Februar 2013: Weniger Lehrkräfte pro Primarschulklasse	Das Postulat wird mit der Überarbeitung der vom Landrat zurückgewiesenen Vorlage Integrative Schulung an der Volksschule (2013-284, LRB 12.6.2014) behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/186	Postulat von Caroline Mall vom 30. Mai 2013: Funktion der Schulräte der Volksschule neu überdenken	Das Anliegen des Postulates wird im Rahmen der Arbeiten zur Governance Bildung, d.h. im Masterprojekt Strukturentwicklung BKSD, behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/313	Postulat von Jürg Wiedemann vom 5. September 2013: Prüfung einer Anpassung des Pflichtenheftes der Schulräte	Das Anliegen des Postulates wird im Rahmen der Arbeiten zur Governance Bildung, d.h. im Masterprojekt Strukturentwicklung BKSD, behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/359	Postulat von Jürg Wiedemann vom 17. Oktober 2013: Unklare Weisungsbefugnisse	Das Anliegen des Postulates wird im Rahmen der Arbeiten zur Governance Bildung, d.h. im Masterprojekt Strukturentwicklung BKSD, behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2013/431	Postulat von Thomas Bühler vom 28. November 2013: Die Primarschule	Das Postulat (2016-059) wurde am 29. September 2016 stengelassen und der Regierungsrat beauftragt zu prüfen und vertieft abzuklären, wie in anderen Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz in der Praxis mit dem Problem	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
	braucht nach wie vor GeneralistInnen!	der Fächerabwahl, speziell der Abwahl des Fachs Sport und der Facherweiterungsstudien, umgegangen wird. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landrat bis Ende 2017 unterbreitet.	
2013/453	Postulat von Michael Herrmann vom 11. Dezember 2013: Änderung des Strategieprozesses der Universität Basel	Das Thema wurde in die laufenden Verhandlungen zum neuen Leistungsauftrag 2018–2021 für die Universität Basel aufgenommen und wird in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt bearbeitet. Die entsprechende Vorlage soll dem Landrat im Herbst 2017 unterbreitet werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/068	Postulat von Hans Furer vom 13. Februar 2014: Die Folgen des Sonderpädagogik-Konkordats sind zu prüfen	Ein zusammenfassender und bilanzierender Bericht erfolgt koordiniert mit anderen Evaluationen mit dem Bildungsbericht 2019. Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 31.12.2019.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/204	Postulat von Claudio Botti vom 12. Juni 2014: Abschaffung der Schulräte	Das Anliegen des Postulates wird im Rahmen der Arbeiten zur Governance Bildung, d.h. im Masterprojekt Strukturentwicklung BKSD, behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2014/223	Postulat von Patrick Schäfli vom 26. Juni 2014: Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende an der Universität Basel gefordert!	Das Thema wurde in die Verhandlungen zum neuen Leistungsauftrag 2018–2021 für die Universität Basel aufgenommen. Die entsprechende Vorlage soll dem Landrat im Herbst 2017 unterbreitet werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/075	Postulat von Caroline Mall vom 12. Februar 2015: Lehrmittelfreiheit auch an den Volksschulen	Das Anliegen wird zuständigkeitshalber im Bildungsrat behandelt. Das Postulat wird in der 1. Jahreshälfte 2017 im Rahmen einer generellen Auslegeordnung betreffend obligatorische Lehrmittel beraten.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/201	Postulat von Jürg Wiedemann vom 21. Mai 2015: AVS vermiest Schulklassen Badespass	Das Thema wird im Rahmen der Nachführung der Broschüre „Wassersicherheit“ bearbeitet. Zurzeit werden die Erfahrungen seit dem Erscheinen der 2. Auflage erhoben bzw. gesichtet. Die entsprechende Vorlage wird dem Landrat im 3. Quartal 2017 unterbreitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
--------	-------	---------------------	--------------------------

3.5.2 Motionen

2005/126	Motion von Jacqueline Simonet vom 12. Mai 2005: Ergänzung des Bildungsgesetzes betreffend Aufnahmeverfahren einer Speziellen Förderung	Die Motion wird mit der Überarbeitung der vom Landrat zurückgewiesenen Vorlage Integrative Schulung an der Volksschule (2013-284, LRB 12.6.2014) behandelt.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2006/225	Motion von Martin Rüegg vom 21. September 2006: Sport als Promotionsfach	Die Vorlage ist in Arbeit und wird dem Landrat im 2. Quartal 2017 unterbreitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2012/353	Motion von Michael Herrmann vom 29. November 2012: Massvolle Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende	Das Thema wurde in die laufenden Verhandlungen zum neuen Leistungsauftrag 2018–2021 für die Universität Basel aufgenommen. Die entsprechende Vorlage soll dem Landrat im Herbst 2017 unterbreitet werden.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2012/398	Motion der SVP-Fraktion vom 13. Dezember 2012: Mehr Bildung - weniger Administration	Das Anliegen wird in folgenden laufenden BKSD-Projekten bearbeitet: <ul style="list-style-type: none"> - Berufsauftrag für Lehrpersonen - Schuladministrationslösung (SAL) für alle Schulstufen: - Entlastungsmassnahmen im Bereich Bildung - Strukturüberprüfung BKSD Die Vorlage wird dem Landrat bis Ende 2017 unterbreitet.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

Nummer	Titel	Begründung / Antrag	Beurteilung / Antrag GPK
--------	-------	---------------------	--------------------------

3.6. Landeskanzlei / Kantonsgericht / Geschäftsleitung Landrat

3.6.1 Postulate

2013/311	Postulat von Christoph Buser vom 5. September 2013: Kantons-Website in Englisch	Die Möglichkeit eines englischsprachigen Auftritts wurde mit der Einführung des neuen Internetauftritts des Kantons geschaffen. Von einer generellen Übersetzung der Internetseite wird aufgrund des dafür nötigen personellen Aufwands zur Erstellung und Pflege der Inhalte abgesehen. Im Vordergrund steht eine englischsprachige Webseite mit Inhalten, die für die wichtigsten Zielgruppen (Wirtschaft, Expats und TouristInnen) relevant sind. Für die Bestimmung der auf Englisch anzubietenden Inhalte und zur konkreten Umsetzung (Zeitplan / Kosten) wird eine Arbeitsgruppe gebildet. Diese Arbeiten benötigen noch etwas Zeit. Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 31.12.2017.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.
2015/081	Postulat von Jürg Wiedemann vom 12. Februar 2015: Unklar definierte Behandlungsfristen	Es wird geprüft, ob allenfalls direkt eine Anpassung der gesetzlichen Grundlagen vorgeschlagen werden soll. Diese Arbeiten benötigen noch Zeit. Der Regierungsrat beantragt eine Fristerstreckung bis 31.12.2018.	Die Frist sei um ein Jahr zu verlängern.

3.6.2 Motionen

Keine.

4. Anträge

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Landrat:

1. die von ihr unter Ziffer 2 und 3 zur Abschreibung empfohlenen Vorstösse abzuschreiben,
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist zu deren Erfüllung um ein Jahr zu verlängern.

6. Juni 2017

Geschäftsprüfungskommission

Hanspeter Weibel, Präsident